



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN JUGOSLAWIEN

BELGRAD, 28. März 1990

Birćaninova 27
Postfach 817
Tel. : 646 899

Ref.: 131.2-HE/CLM

E J P D

D R I N G E N D

Bundesamt für Ausländerfragen

3003 B E R N

S 119-537

VERTRAULICH

Bundesamt für Ausländerfragen	
<i>S 119-431</i>	
30. MRZ. 1990	
<i>H</i>	

Herr Direktor,

Wie bereits in früheren Jahren ist die wartende Menschenschlange der vielen jugoslawischen Gastarbeiter vor dem Kanzleigebäude der Schweizerischen Botschaft in Belgrad Thema vieler Klagen an die Gemeindeverwaltung, die Verwaltung der Stadt Belgrad und via Aussenministerium direkt an diese Vertretung.

Aus den Ihnen übermittelten Jahresstatistiken geht hervor, dass vor allem in den letzten drei Jahren die Anzahl der Visa-Anwärter stark zugenommen hat. Zur Erinnerung seien folgende Zahlen erwähnt :

1987	:	29'820	erteilte	Visa
1988	:	44'689	"	"
1989	:	52'916	"	"

Diese Zunahme ist nicht nur mit viel Mehrarbeit verbunden, sondern ist vor allem besorgniserregend, wenn man nur einmal davon ausgeht, dass **90% der jugoslawischen Gastarbeiter, die sich bei dieser Vertretung melden, albanischer Abstammung sind und aus der Provinz Kosovo kommen.** In Anbetracht der politischen Spannungen zwischen Serbien und Kosovo, stellt allein schon diese Tatsache ein grosses Sicherheitsproblem dar. Mit internen Massnahmen, wie Verstärkung der Visasektion während der Hochsaison, Verteilung von Nummern an die anstehenden Personen sowie An-



stellung von zwei Polizisten in Zivil um die wartende Menge einigermassen unter Kontrolle zu haben, ist keine zufriedenstellende Lösung gefunden worden. **Für die Stadt Belgrad** bleibt diese Menschenmenge in der Bircaninova-Strasse weiterhin **ein sehr brisantes Thema was die Sicherheit sowie das Problem der Hygiene und die vielen Klagen der Anwohner anbelangt**. Letztere können vor allem nicht ungehindert passieren, da die wartenden Personen sich überall in den Hauseingängen (vor allem bei schlechter Witterung) breit machen. Immer wieder wird an die Leute appelliert, mündlich am Schalter und mit einem Anschlag vor dem Visa-Eingang, das Areal zu verlassen und erst wieder bei der Verteilung der Pässe zurückzukehren, jedoch erfolglos.

Die Botschaft hat mehrmals versucht, auf schriftlichem Weg und mit Vorsprachen bei der zuständigen Stelle in Belgrad, ein geeigneteres Lokal zu finden (s. in diesem Zusammenhang die Aktennotiz vom 12. März 1990, welche kurz das letztgeführte Gespräch mit den Verantwortlichen wiedergibt), jedoch ebenso erfolglos. Klar und deutlich wurde ihr dargelegt, dass gewisse Residenzquartiere überhaupt nicht in Frage kommen könnten (ebenfalls wegen Sicherheitsfaktor, Hygieneproblem, usw.). Ein Lokal in einem Aussenquartier der Stadt lässt die Transportfrage offen, die Stadt müsste zusätzliche Busse organisieren, usw.

Bis am 21. März 1990 wurden 26'365 Visa erteilt (Vorjahr, 21.3.1989 : 22'522). **Nachdem zudem dieses Jahr die Organisation zwischen dem Baumeisterverband und verschiedenen Kantonen** (s. dazu Notiz vom 14.3.1990) **nicht klappte, ist die Menschen Schlange noch um einiges gewachsen, so dass dieser Zustand weder für die Nachbarn noch für die Botschaft länger zumutbar sein kann**. Immer wieder interessiert sich natürlich auch die lokale Presse (Fernsehen und Radio) für diese prekären Verhältnisse (s. ebenfalls beiliegender Zeitungsausschnitt, aus welchem hervorgeht, dass die Zustände vor der Botschaft ebenfalls Anlass zu Anfragen von Stadtparlamentariern gibt). Nicht weniger als viermal innerhalb einer Woche haben sich Medienleute vor dem Kanzleigebäude eingetroffen um die anstehenden Personen zu interviewen.

Nachdem die Verwaltung der diplomatischen Immobilien (Wohnungen und Kanzleien) der Botschaft deutlich zu verstehen gab, dass ein anderes Lokal nicht zur Verfügung steht und ihr nahegelegt wurde, sich an die Stadtverwaltung zu wenden, wurde ein Termin festgesetzt, damit die gemeinsamen Probleme erörtert und eine eventuelle Lösung gefunden werden kann.

Aus dieser Unterredung geht hervor, dass **die Stadtverwaltung die Lösung nicht in einer Verlegung der Lokalitäten sieht, da die Probleme der Sicherheit und Hygiene ebenfalls z.B. in einer grossen Halle bestehen würden**, sondern vielmehr dem Vorschlag der konsularischen Abteilung des Aussenministeriums zustimmt. Wie Sie aus beiliegender Aktennotiz vom 22.3.1990 ersehen, ist die Stadt Belgrad bereit der Botschaft jegliche Unterstützung zu gewähren, sollte sie einverstanden sein, die Erteilung der Visa via Kuriere auszuweiten. **Die Stadtverwaltung würde in Zusammenarbeit mit der Botschaft einzelne Agenturen zur Einsammlung der Pässe bestimmen.** Genaue Weisungen der Botschaft müssten an die entsprechenden Agenturen erteilt werden (Gültigkeit des Passes, Prüfung der Identität, Arbeitsvertrag, usw.). Bereits heute arbeitet die Botschaft mit einigen Kurieragenturen was die Arbeiter des Baugewerbes anbelangt, dies im Zusammenhang mit dem Abkommen zwischen dem Baumeisterverband und dem jugoslawischen Bundesamt für Beschäftigungsfragen in Belgrad.

Wie aus beiliegender Aktennotiz (22.3.90) hervorgeht, wurde der Stadtverwaltung erklärt, dass einzelne Personen, die sich persönlich melden auch weiterhin nicht abgewiesen werden können. Es ist anzunehmen, dass sich weniger Visa-Anwärter vor dem Kanzleigebäude ansammeln werden, jedoch bleibt das Problem der Sicherheit weiterhin bestehen. **Sollte es effektiv einmal zu provokativen politischen Handlungen kommen, ist nicht auszumesen, welche Folgen dies haben könnte.** Diese Möglichkeit besteht und wird jedes Jahr aktueller nachdem sich die politische Situation in den genannten Gegenden eher zuspitzt als entspannt.

- 4 -


Ergänzend möchte ich noch festhalten, dass anlässlich meines gestrigen Höflichkeitsbesuches beim Stadtpräsidenten von Belgrad, dieser das Problem erörtert und dabei vor allem den Sicherheitsaspekt hervorgehoben hat.

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, **ob nicht eventuell die Möglichkeit in Erwägung gezogen werden könnte, dass die jugoslawischen Gastarbeiter, falls überhaupt der Status der Gastarbeiter in Zukunft bestehen bleibt, mit einer Zusage der Aufenthaltsbewilligung einreisen könnten nachdem ja die jugoslawischen Staatsangehörigen als Touristen von der Visumpflicht befreit sind.** Meines Wissens wird dieses Verfahren mit den spanischen Gastarbeitern angewendet.

Gerne erwarte ich Ihre Stellungnahme in dieser Angelegenheit. Falls wünschenswert bin ich ebenfalls bereit, bei meinem nächsten Aufenthalt in der Schweiz, mit Ihnen diese Probleme zu besprechen.

Ich versichere Sie, Herr Direktor, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter



(Indermühle)

Kopie geht an :

- EDA, Politische Direktion I
- EDA, Sicherheitsbeauftragten des Departements